

Krisen wirken sich auf die Entwicklung meist wie ein Katalysator aus

Christian Großmann



Christian Großmann. ◀

Foto: SGK Brandenburg

Liebe Freundinnen und Freunde der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in Brandenburg,

Krisen wirken sich auf die Entwicklung meist wie ein Katalysator aus. Entwicklungen, die in normalen Zeiten mitunter lange auf sich warten lassen, erfolgen in Ausnahmesituationen in deutlich kürzeren Perioden. Ein Grund dafür ist wohl die Ausrichtung des Handelns auf ein einziges oder einige wenige Ziele, die der Abwendung der Krise dienen. Dies wir schon in dem tradierten Rechtssatz „Not kennt kein Gebot“ zum Ausdruck gebracht.

Er bedeutet, dass zur Erreichung des (Haupt-)ziels, andere Vorgaben und Erwägungen zurückstehen müssen. Krisenzeiten sind keine Zeiten für Bedenkenträger, könnte man wohl auch sagen; vielmehr sind Macher und Macherinnen gefragt. Dass aber die Reduzierung auf einige wenige Ziele in unserer heutigen recht komplexen und miteinander verwobenen Gesellschaft – außerhalb von Krisensituationen – schwierig bis unmöglich ist, hat wohl jede und jeder schon erlebt. Denn Ziele sind immer der Ausdruck von Interessen und dienen somit der Umsetzung unterschiedlicher Bedürfnisse und Wünsche.

„Wenn ich anbauen will, will ich eine schnelle unbürokratische Genehmigung. Wenn der Nachbar anbaut, soll bitte alles sehr genau geprüft werden“

Werner Jann 2020

Der Verwaltungswissenschaftler und emeritierte Professor der Universität Potsdam, Werner Jann, hat dies sinngemäß einmal schön auf den Punkt gebracht: Wenn Sie als Bauherr das Maximale aus Ihrem Grundstück herausholen wollen, dann empfinden

Kommunal.POLITIK

INHALTE

- 1 Krisen wirken sich auf die Entwicklung meist wie ein Katalysator aus**
Christian Großmann
- 3 Wasserknappheit in Brandenburg**
Maximilian Wonke,
Rachil Rowald
- 5 Leben im regenerativen Kraftwerk Uckerland**
Matthias Schilling
- 12 Auf dem Weg zur Bürgermeisterin!**
Nadja Schwark
Nadine Hönicke
Katrin Musshoff

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

15. September 17:30 - 20:30 Uhr:

Hybrid: Treffen und Austausch der Fraktionsgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer in den kommunalen Vertretungen

24. September 10:00 - 17:00 Uhr:

MIT ARGUMENTEN ÜBERZEUGEN – Bühne, Video, Dialog

15. Oktober

Kommalkongress der SGK Brandenburg 2022

Alle Details:

<http://sgk-brandenburg.de/veranstaltungen/>

SCANNEN & INFORMIEREN

VERANSTALTUNGEN



MITGLIED WERDEN



Sie die einschränkenden Regeln des Baurechts als hinderlich und unnützlich.

Ihr Nachbar wird dagegen eine ganz andere Sicht auf die Dinge haben; und so wird er großen Wert auf ein umfassendes und alle Aspekte berücksichtigendes Baugenehmigungsverfahren ggf. mit verwaltungsgerichtlicher Überprüfung haben. Und so wird – ganz nebenbei – alles, was den persönlichen Zielen entgegensteht, mit dem bösen Schimpfwort „bürokratisch“ belegt. Dabei soll das Verfahren doch nur einem Interessenausgleich dienen...

Aber zurück zur Krise. In den letzten zwei Jahren haben wir in den unterschiedlichsten Lebensbereichen verstärkt ganz praktische Erfahrungen mit dem Thema Digitalisierung machen dürfen, können oder müssen. So wurden an vielen Stellen Defizite sichtbar, z.B. bei der Organisation eines Onlineunterrichts. Andererseits wurden in manchen Unternehmen und Behörden plötzlich Möglichkeiten des mobilen Arbeitens geschaffen, die bis dato als nicht machbar galten. Not kennt kein Gebot..., vermutlich wurden in diesen Fällen auch hier und da lang gehegt, rechtliche Bedenken – wenn nicht „weggeschoben“, so doch deutlich „herunterpriorisiert“. Auf diese Weise konnten viele Erfahrungen gesammelt werden, die für die Überführung dieser Modelle in den „normalen“ Alltag genutzt werden können. Und ich glaube, es bedarf keines Propheten, um das Fortschreiten des Digitalen in den unterschiedlichen Lebensbereichen erkennen zu können.

Dabei sind die unterschiedlichen Spielfelder und ihre Herausforderungen mannigfaltig. Nehmen wir – in Corona-Zeiten schmerzlich erfahren – den Bereich Schule und Bildung. Das digitale Lernen, oder genauer gesagt, die Durchführung eines Unterrichtes, der nicht mehr in Präsenz im Klassenraum stattfindet, hat in den meisten Fällen nur rudimentär funktioniert. Im Bundeswehrjargon heißt so etwas Fähigkeitsdefizit, und da kennt man sich mit diesem Phänomen bekanntlich besonders gut aus. Fairerweise muss aber auch gesagt werden, dass die Fähigkeit an einen digitalen Unterricht von zu Hause aus vor der Pandemie auch gesellschaftlich nicht wirklich benannt worden war. Aber nun sind wir klüger und die Digitalisierung von Schulen steht ganz oben auf der bildungspolitischen Agenda. Leider sind die Erfahrungen in der Vergangenheit auf diesem Feld nur mäßig positiv gewesen. Es gab viel Flickwerk: Da wurden beispielsweise in einer Aktion Whiteboards – in der Regel eins pro Schule – verschenkt. Das weitere Equipment, Rechner und Drucker, mussten extra beschafft werden.

Wenn hingegen für Hardware Fördermittel ausgereicht wurden, blieben die Schulträger auf den Folgekosten sitzen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viele kommunale Schulträger die Herausforderungen einer digitalen Schule schlicht nicht auf dem Schirm gehabt haben. Wenn jetzt landauf landab die Mittel des Digitalpakts Schule ausgegeben werden, bleibt zu hoffen, dass diesmal weiter und umfassender gedacht wird. Denn die Investitionen sind das eine, die daraus resultierenden Folgeaufgaben sind das andere. Wer glaubt, mit dem Erwerb eines Klassensatzes Notebooks sei die digitale Schulwende bereits erreicht, der befindet sich auf einem analogen Holzweg. Der blendet Fragen wie Netz-

verkaufbau und -administration, Lizenzmanagement oder Nutzersupport völlig aus. Die IT-Ausstattung einer digitalen Schule ist mit der von Unternehmen und größeren Verwaltungen durchaus zu vergleichen. Ob da die Betreuung durch PONK-Lehrkräfte und IT-Hausmeister ausreicht, kann bezweifelt werden.

Dennoch gibt es Hoffnungszeichen. So hat im MBSJ mit Steffen Freiberg ein Staatssekretär seinen Dienst angetreten, der in Sachen Digitale Schulen viele Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern mitbringt. Auf der kommunalen Seite gibt es nach der Gründung des Zweckverbandes DIKOM ebenfalls Bestrebungen, die anstehenden IT-Aufgaben in den Schulen mit vereinten Kräften anzugehen.

„Gute Bildung braucht die verlässliche Zusammenarbeit zwischen der kommunalen Familie und dem Land.“

Steffen Freiberg 2022

Die Zusammenarbeit zwischen dem Land einerseits und den kommunalen Schulträgern andererseits ist in der Vergangenheit nur selten ein Quell der Freude gewesen: So gut das Zusammenspiel vor Ort von Schulleitungen, Lehrkräften, Horterzieherinnen und Erziehern und den beim Schulträger Verantwortlichen meist funktioniert, so problembelastet erscheint es mir zwischen dem Ministerium und den kommunalen Spitzenverbänden zu sein.

Wenn die Digitalisierung eines gezeigt hat, dann doch, dass man mit alten Rezepten und einem „das haben wir immer schon so gemacht“ nicht wirklich weit kommt. Es bedarf neuer Wege und zeitgemäßer Antworten auf die sich stellenden Fragen. Die Rollen von Schulen und ihren Trägern müssen neu definiert werden; die Unterscheidung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten muss auch für alle digitalen Belange funktionieren. Da wird sicherlich manch alter Zopf fallen müssen. Das Beharren auf althergebrachten Positionen wird nicht helfen. Nur wenn alle Akteure gemeinsam an einem Strang und in dieselbe Richtung ziehen, kommen die Schulen im Land auf dem digitalen Weg voran.

Ihr

Christian Großmann,
Vorsitzender der SGK Brandenburg e.V.

Wasserknappheit in Brandenburg – Trocknen wir aus?

Maximilian Wonke, Bürgermeister der Gemeinde Panketal und Mitglied im Vorstand der SGK Brandenburg und
Rachil Rowald, Geschäftsführerin der SGK Brandenburg



Maximilian Wonke

Foto: privat

Brandenburg - gewässerreich und niederschlagsarm

Mit 3.000 Seen und 34.600 Kilometern Fließgewässer gehört Brandenburg zu den gewässerreichsten Bundesländern. Damit ist ausreichend Wasser vorhanden, sollte man meinen. Gleichzeitig aber hat der Boden, wenn regional unterschiedlich, oftmals nur eine geringe Speicherfähigkeit und die Verdunstung tut, bei vergleichsweise großen Flächen und hohen Temperaturen ihr Übriges. Bleiben dann die notwendigen Niederschläge aus – Brandenburg gehört zu den niederschlagsärmsten Bundesländern – leidet nicht nur die Landwirtschaft, auch der Grundwasserspiegel, so auch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz in Brandenburg, sinkt zunehmend. Besonders stark in den vergangenen Jahren, die zum Teil durch Dürren gekennzeichnet waren. Die Pegel der Flüsse sanken. Ebenso wurden einige Seen und Nebenarme zum Teil nicht mehr adäquat mit Wasser versorgt. Die Panke, der namensgebende Fluss in Panketal, ist zum allerersten Mal bereits im Juli komplett trockengefallen. Dabei gehört Brandenburg zu den Bundesländern, die mit 95% einen im Bundesländervergleich sehr hohen Anteil an Grundwasser bei der Wasserversorgung haben. In anderen Ländern kommen noch Oberflächenwasser hinzu wie Quellwasser, Uferfiltrate, angereichertes Grundwasser, See- und Talsperren- oder auch Flusswasser. Dem Phänomen der Trockenheit steht steigender Verbrauch gegenüber, nicht nur in der Industrie und der Landwirtschaft, auch die privaten Haushalte und das Kleingewerbe verbrauchen mehr. Bezogen die Haushalte und Kleingewerbe, so das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, im Jahr 2013 täglich 107,8 Liter Wasser pro Kopf, 2016 dann 111,4 Liter, waren es 2019 schon 120,1 Liter. Dieser Durchschnittsverbrauch unterliegt natürlichen Schwankungen. In Panketal liegt der Verbrauch im Winter bei 110 Liter pro Kopf und Tag, im Sommer aber bei über 230.

So sehr wir uns vielleicht über warme oder sogar heiße Sommer freuen, so schädlich kann der dann steigende Verbrauch für die Wasserversorgung sein. Und das, nachdem

in den vorhergehenden Jahren, der Wasserverbrauch an sich zurückgegangen war. Dies wohl auch deshalb, weil man sich des nachhaltigen und sparenden Umgangs mit diesem lebenswichtigen Stoff noch bewusster geworden war. Gerade private Verbraucher griffen dann zur wassersparenden Armatur – das mag sich erst einmal banal anhören, aber im Großen und Ganzen ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn das natürlich weder die Industrie noch das Gewerbe oder die Landwirtschaft ihrer eigenen Verantwortung enthebt. So wird in Berlin bereits eine Abgabe des Gewerbes für die Entnahme auch von Oberflächenwasser diskutiert. Berlin nimmt sich zudem der Wasserfrage mit dem so genannten Masterplan Wasser umfassend an, Neubauten sollten die Lage berücksichtigen, aber auch der zu sanierende Wohnungsbestand, zudem sollten auch Straßen und Plätze aufgebrochen werden, damit das Wasser in den Boden zurückfließt.

Auch in Brandenburg hat man sich des Themas seit Längerem angenommen. Wer sich darüber eingehender informieren möchte, findet auf den Internetseiten des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz umfangreiche Informationen zur Niedrigwassersituation aber auch zum Niedrigwasserkonzept des Landes.

Brandenburg – das Land der Gärten und Pools?

Warum ist das aber nun im Land Brandenburg Wasser ein besonderes Thema? Brandenburg ist ein Flächenland mit vielen kleineren Kommunen, vielen Ein- oder Zweifamilienhäusern und einer erheblichen Anzahl an Gärten und eben auch Pools.

Bereits in den vergangenen Jahren und dort, wo es schon zu Engpässen gekommen war, gab es deshalb bereits Hinweise, Bitten und Appelle auch in den Gärten und bei den Pools mit Wasser sparsam umzugehen. Viele werden sich noch an die Berichterstattung gerade aus den Gemeinden im Speckgürtel Berlins erinnern oder waren auch selber davon be-

troffen. Man denke aktuell nur einmal an den Wasserverband Strausberg-Erkner, der für Neukunden den Verbrauch auf 105 Liter begrenzt.

Sparsamkeit in der Gemeinde Panketal

Was ist zu tun? Als Bürgermeister der Gemeinde Panketal und Mitglied im Vorstand der SGK Brandenburg hat sich Maximilian Wonke in seiner Gemeinde dieser Frage angenommen. Panketal ist eine jener Gemeinden, die an Berlin angrenzen. Knapp 21.000 Einwohner auf 25,8 Quadratkilometer und wegen seiner Anbindung auch bei Pendlern beliebt. Namensgebend war die Panke, ein Fließgewässer, das dann in Berlin-Mitte in die Spree fließt. Oder eben auch nicht mehr so ganz fließt. Und es ist eine durchaus wohlhabende Gemeinde, die sich zu 90 % aus Eigenheimen mit Grundstücken der Größe von 500 bis 1.000 m² zusammensetzt, in etwa zwei von fünf Grundstücken haben zudem einen Pool. Überdies hat die Gemeinde ein eigenes Wasserwerk im Ortskern.

Auf der gemeindeeigenen Homepage wird den Bürgern nicht nur der Hintergrund für das Wassersparen erläutert, sondern auch was zu tun ist. Gerade in sehr heißen Sommern – wie dem, den wir gerade erleben – gingen dann, nicht selten gleichzeitig, so viele Rasensprenger an, dass sich nicht nur der Verbrauch eklatant erhöht, sondern das Wasserwerk an seine Grenzen kommt. Der einzig gangbare Weg sei dann eben ein zeitlich begrenztes Gartensprengverbot.

Die Wasserampel: Rot – Gelb – Grün

Die entsprechende Warnung in Panketal gibt die so genannte Wasserampel, die man ebenfalls auf der Homepage der Gemeinde finden kann. Und die steht zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrages auf Rot! Das heißt, dass der Wasserverbrauch Spitzenwerte erreicht, die über den Kapazitäten des Wasserwerkes liegen und dass eine Erhöhung der eigenen Fördermengen nicht mehr möglich ist. Der maximale Fremdwasserbezug aus dem Berliner Netz ist erreicht. Um aber die Trinkwasserversorgung in der Gemeinde Panketal und die Bereithaltung von Löschwasserreserven und zur Vermeidung eines flächendeckenden Versorgungsausfalls sicher zu stellen, ist dann eine sehr deutliche Reduzierung des Wasserverbrauches zwingend notwendig.

Was ist zu tun? Die Bürgerinnen und Bürger werden aufgefordert, die Gartenbewässerung einzustellen, die Entnahme von Trinkwasser aus Standrohren unterlassen und die häusliche Trinkwasserentnahme in der Zeit von 18 bis 21 Uhr zu reduzieren.

Zudem sind überdies die Vorgaben einer gelb geschalteten Wasserampel zu beachten, wenn also der Trinkwasserverbrauch deutlich über dem Durchschnittsverbrauch liegt, das Wasserwerk in Zepernick bereits mit einer hohen Förderleistung betrieben wird und der Fremdwasserbezug an Kapazitätsgrenzen kommt, ist eine Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs erforderlich und es darf dann nur noch sehr sparsam verwendet werden. Die Gartenbewässerung ist deutlich einzuschränken, ohnehin ist die Gießkanne vorzuziehen, eine Entnahme soll nicht in der Zeit von 17 bis 21 Uhr erfolgen und Trinkwasser soll nicht zur Außenreinigung von Gebäuden, Terrassen und Gehwegen genutzt werden. Die Befüllung von Pools soll dann tunlichst unterlassen

werden. Nicht davon betroffen sind die Entnahmen für die Lebensmittelzubereitung, die Körperpflege und die WC-Nutzung.

Lediglich bei einer grünen Ampel bestehen gar keine Einschränkungen.

Diese im letzten Jahr beschlossenen, sanften Maßnahmen haben jedoch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Das Wasserwerk droht an der Überlastung zu scheitern. Daher gelten nun seit dem 1. August in Panketal etwas strengere Vorschriften: zwischen 17 und 21 Uhr dürfen Gärten nicht mehr bewässert und Pools nicht mehr befüllt werden.

Ein Bürgermeister ruft zur Wassersparsamkeit auf

Panketal hat sich zum Ziel gesetzt, der Wasserknappheit in der Gemeinde beizukommen. Das hat nicht nur in Panketal für Aufmerksamkeit gesorgt, sondern – zur eigenen Überraschung – überregional in der bundesweiten Presse. Ist Panketal doch nicht die einzige Kommune, die hier Lösungen finden muss. So hat sich DIE ZEIT dafür interessiert, ob das nicht eine drastische Maßnahme sei. Nur eine Gesellschaft kann eben nicht nur aus Rechten und Freiheiten bestehen, sie beinhaltet auch Pflichten und die Übernahme von Verantwortung für die Allgemeinheit. Das Bewässern von Gärten und Pools ist nicht untersagt, sondern nur zeitlich eingeschränkt. Besonders Pools haben sich – wenn man die Verdunstung von 5 bis 10 Millimetern pro Tag einrechnet – schleichend zu einem Großverbraucher entwickelt.

Wie überall im Land ist das Problem am Absinken des Grundwasserspiegels deutlich geworden. In Kombination mit dem zeitlich konzentrierten Wasserverbrauch in den Abendstunden kommt das Wasserwerk an seine technischen Grenzen. Auf die Frage, wie das bei den Bürgern ankomme, ist darauf zu verweisen, dass solche Entscheidungen in der Gemeinde von der Vertretung mehrheitlich beschlossen worden sind und viele, gerade jene, die sich grundsätzlich mit Ressourcenschonung und Klimafragen auseinandersetzen, das begrüßten. Kritiklos sei das aber dennoch nicht angenommen worden, dies kann man den Rückmeldungen aus den sozialen Medien, Mails und direkten Gesprächen entnehmen. Dann heißt es, das Wasserwerk müsse mehr Kapazitäten bereitstellen oder es dürfe eben keinen Zuzug mehr geben. Dennoch müssen alle Maßnahmen natürlich immer gut begründet sein. Das kommunale Wasserwerk, die gesamte Infrastruktur, muss vor Überlastung geschützt werden und besonders das Vorhalten von Löschwasser ist im Interesse aller. Bei Verstößen soll es vorerst bei einem Hinweis und einer Verwarnung bleiben. Bei Mehrfachverstößen können dann aber bis zu 1.000 € Bußgeld die Folge sein.

Wasser nachhaltiger bewirtschaften

Wasser ist eine Frage der Existenz des ganzen Bundeslandes. So müssen wir an vielen Stellen umdenken. In den Kommunen auf der unteren Ebene muss gerade vieles angegangen und gerichtet werden, was nicht immer in ihnen verursacht wurde. Seit einigen Jahren gibt es in der Gemeinde Panketal ein Regenwassermanagement. Anfallendes Regenwasser auf kommunalen Flächen wird nicht mehr in die Flüsse abgeleitet, sondern via Regenrückhaltebecken größtenteils ins Grundwasser gebracht. Muss es bei Starkregen doch in die Fließgewässer im Ort, kann das Wasser an vielen Stellen in den renaturierten Bereichen verweilen. In den letzten Jah-

ren entstanden zahlreiche Biotop- und Retentionsbereiche, die das Wasser länger bei uns halten. Im B-Plan-Verfahren errichtete Neubauten müssen über Gründächer verfügen. Alles Regenwasser muss auf dem eigenen Grundstück versickern. Ebenso ist bei Neubauvorhaben die Versiegelung des Bodens nur bedingt möglich. Das Ganze fasst man inzwischen unter dem Begriff Schwammstadt zusammen.

Das Thema Wasser muss jedoch viel mehr im Kreislauf betrachtet werden. Wasser kommt vom Himmel als Niederschlag oder aus der Erde als Grundwasser. Den Niederschlag versuchen wir zurückzuhalten. Doch das Thema Grundwasser ist bei Lichte betrachtet prekär. Geklärtetes Grundwasser wird immer noch über die großen Gewässer in die Nordsee abgeleitet. Hier bedarf es einer besseren Aufbereitung, sodass wir Schmutzwasser nach der Reinigung wieder ins Erd-

reich einbringen können. Tesla hat das Thema Grundwasser wieder sehr in den Mittelpunkt gerückt. Man liest von ca. 1,4 Millionen Kubikmeter im Jahr. Klingt viel, ist es auch. Die Gemeinde Panketal fördert für ihre Einwohner ca. 1 Million pro Jahr. Ein Blick auf die Braunkohle-Industrie stellt jedoch alles in den Schatten. Die LEAG pumpt jährlich sage und schreibe über 100 Millionen Kubikmeter ab – und das für eine Industrie, die den Klimawandel weiter anheizt.

Im Kleinen wie im Großen müssen wir diese existenzielle Herausforderungen daher mit Maßnahmen angehen, die dem ein oder anderen wehtun – vom Sprengverbot bis zum sukzessiven Einstellen des Braunkohletagebaus. Wir müssen für die kommenden Generationen dieses Fleckchen Erde so erhalten wie wir es derzeit (noch) vorfinden.

Leben im regenerativen Kraftwerk Uckerland

Matthias Schilling, Bürgermeister der Gemeinde Uckerland

Seit mehr als 20 Jahren wird der Wind bei uns genutzt um ihn in elektrischen Strom „umzuwandeln“. Bereits unsere Vorfahren nutzen ihn vor Ort, um das Getreide mit Windkraft in Mehl zu veredeln.

In der Gemeinde Uckerland drehen sich – Stand heute (7/2022) – 110 Windräder mit einer Leistung von 211 MW. damit können 120.000 Haushalte ein Jahr lang mit Energie versorgt werden. Dies entspricht dem Drittel der Leistung eines kleinen Atomkraftwerkes (AKW Leibstadt in der Schweiz 600 MW Leistung in den 70igern).

Mindestens weitere 20 Anlagen sind geplant bzw. sind im Bau und drei Anlagen werden zurzeit repowert. Hinzu kommen zahlreiche Photovoltaikanlagen und drei Biogasanlagen die Strom und Wärme produzieren. Insgesamt sind rund 9% der Gemeindefläche als Windeignungsgebiete ausgewiesen. In der Gemeinde mit seinen 11 Ortsteilen wohnen rund 2.600 Einwohner auf einer Fläche von 167 km².

Diese geringe Einwohnerzahl und die hohe Energieerzeugungsdichte führt dazu, dass die Gemeinde Uckerland überregional Vorbildfunktion für CO₂ Reduktion und Klimaschutz entwickelt hat, darüber sollte positiv gesprochen werden. Der Transformationsprozess, über den anderorts gesprochen wird, wurde hier bereits vollzogen.

Über diese gesamtgesellschaftliche Vorbildfunktion und die Leistung unserer Gemeinde für die Gesellschaft positiv zu sprechen, würde es uns leichter fallen und diese auch vor Ort zu empfinden, wenn nicht

- gleichzeitig die Einwohner*innen Uckerlands unter den teuersten Strompreisen der Bundesrepublik leiden würden,
- die kontrovers geführten Diskussionen zu Lärmbeeinträchtigungen und Schattenwurf zu einem Akzeptanzproblem führten,
- die Energie vor Ort aufgrund von landesplanerischen Beschränkungen und Bundesgesetzen vor Ort nicht genutzt bzw. veredelt werden kann,



Matthias Schilling. 

Foto: privat

- die Einwohner*innen mit der Veränderung des Landschaftsbildes ohne adäquaten Ausgleich konfrontiert werden,
- und die Ausgleichszahlungen für die Beeinträchtigungen nicht vor Ort umgesetzt werden, sondern die Gelder in den Naturschutzfond in Millionenhöhe nach Potsdam abfließen.

Mobilität im regenerativen Kraftwerk Uckerland

Die Gemeinde Uckerland ist eine junge Gemeinde, die 2002 gegründet wurde. Sie liegt im Norden der Uckermark (Land Brandenburg) unmittelbarer Nachbarschaft zum Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und ist sehr ländlich geprägt, 87% der Gemeindefläche werden landwirtschaftlich genutzt. Umgeben von den Kleinstädten Strasburg, Wol-

degk, Prenzlau und Pasewalk besteht die Gemeinde selbst aus Dörfern und bewohnten Gemeindeteilen. Es gibt in der Gemeinde Uckerland keine größeren Zentren.

Die Gemeinde ist in 11 Ortsteile gegliedert, die fast alle ein Dorfgemeinschaftshaus und eine Feuerwehr haben. Es gibt weder ein Mittelzentrum noch ein grundfunktionales Grundzentrum. Die dezentrale Gliederung ist das Ergebnis eines Prozesses, der im Ergebnis dazu geführt hat, dass eine Aufgabenverteilung durch die Ortsteile erfolgt und somit möglichst kein Ortsteil benachteiligt wird.

In drei Kindergärten, die geografisch gut verteilt sind, haben die Eltern die Möglichkeit auf kurzem Wege die Kinder betreuen zu lassen. In einer Grundschule können die Kinder der Gemeinde die ersten sechs Schuljahre absolvieren. Die Gemeindeverwaltung befindet sich im Zentrum des Gemeindeterritoriums und ist somit von allen Bürger*innen innerhalb von 15 Autofahrminuten zu erreichen. Pro Quadratkilometer leben hier 16 Einwohner*innen, damit fallen wir laut UNO bereits unter die Definition „unbesiedelte Gebiete“, im Volksmund auch als Wolfenwartungsland betitelt.

Durch die A20, die durch das Gemeindegebiet führt sowie das Kreuz Uckermark in der Nähe, ist die Gemeinde für den motorisierten Individualverkehr in alle Richtungen gut angebunden. Ein Bahnhof befindet sich im Ortsteil Nechlin, hier halten jedoch nur Regionalbahnen.

Die Herausforderung

„Mobilität hat einen bedeutenden Einfluss auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger“ stellt eines der größten Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaften in der Bundesrepublik Pricewaterhouse-Coopers in einem Artikel der Zeitschrift Report aus dem Monat Juni/2020 als Headline heraus und reiht sich damit in die Meinung des Deutschen Instituts für Urbanistik ein, welches in seinem aktuellen Newsletter schreibt: „Für die Attraktivität von ländlichen Kommunen für Menschen und Unternehmen ist Mobilität ein ganz wesentlicher Faktor.“

Die Aussagen verwundern nicht und die Problematik wie wir mit der Herausforderung umgehen, dass immer mehr Mobilität notwendig ist, gleichzeitig aber der ÖPNV immer stärker aus der Fläche zurückgezogen wird, beschäftigt uns in der Gemeinde seit Jahren. Im Ergebnis kam immer heraus, dass die Herausforderung bei jedem Einzelnen liegt, wie er individuell von A nach B kommt.

In der Regel fährt der ÖPNV zwei bis viermal pro Tag durch die einzelnen Ortsteile und somit ist die Mobilität in der Gemeinde sehr stark auf den Individualverkehr konzentriert. Dies zeigt auch der relativ hohe Anteil an PKWs von 598 pro 1000 Einwohner.

Es zeigen sich die Probleme des demografischen Wandels in ihrer ganzen Härte. Ladengeschäfte schließen, Kindergärten oder Schulen werden zusammengelegt und das öffentliche Nahverkehrsangebot wird ausgedünnt. Ländliche Räume zu stärken und sie nachhaltig und lebenswert zu gestalten, ist eine zentrale Aufgabe der sozialen Teilhabe.

Mobilität in ländlichen Regionen ist ein Muss: Knappe Arbeitsplätze in der Nähe sowie schlechte bis fehlende Möglichkeiten, vor Ort einzukaufen oder u.a. ins Kino zu gehen, zwingen die Menschen zu immer größerer Mobilität.

Der demografische Wandel verschärft die Situation: Denn, auch wenn ältere Menschen heute deutlich mobiler sind als noch vor zehn Jahren, kann der motorisierte Individualverkehr in einer alternden Gesellschaft nicht die alleinige Antwort sein. Die Busverbindungen und Fahrpreise sind für die wenigsten Bürger der Gemeinde so attraktiv, dass sie statt dem Auto den Bus nutzen könnten. Daher werden die Busse eigentlich nur von denen genutzt, die gar keine andere Möglichkeit der Fortbewegung haben. Aufgrund dessen wird das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs aber weiter zurückgefahren. Während die Busanbindung zu Schulzeiten noch mäßig ist, ist es in den Ferien sehr zeitaufwendig, beispielsweise eine Fahrt in die nächste Stadt und zurück zu organisieren.

Die Idee

Die Idee wie man sich den Rahmenbedingungen und der Herausforderung stellen kann lautet:

1. Etablierung eines praxistauglichen Modells des eCarsharings bzw. eines Mitfahrmodells, was aus der Bevölkerung heraus mit Ehrenamtlichen entwickelt und umgesetzt wird,
2. Anbindung der Dörfer an nahegelegene Zentren und Schaffung von neuen Mobilitätsoptionen,
3. Bestenfalls aktiver Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele durch Nutzung erneuerbaren Stroms für die Ladung der Fahrzeuge.

Das Mitfahrmodell wird Personen angeboten, die ohne Auto gar nicht mobil sind - vor allem älteren Menschen, die zum Arzt müssen oder zum Einkaufen. Auch Familien- und/oder Stammtischbesuche können organisiert werden. Die Fahrten übernehmen Ehrenamtler*innen, gute Bekannte der Familien oder Rentner. Diese Art von Fahrdiensten stärken die Dorfgemeinschaft und den Zusammenhalt. Mit dem Projekt bieten wir den nicht mobilen Bewohnern die Möglichkeit, weiterhin in ihrer gewohnten Umgebung leben zu können. Für die ehrenamtlichen Fahrer*innen bietet der Fahrdienst ebenfalls einen Gewinn - sie erhalten Wertschätzung und Dankbarkeit für die zur Verfügung gestellte Zeit von den Fahrgästen.

Die Idee des eCarsharings entsteht aus dem Hintergrund, dass Erwerbslose, Rentner und Familien oftmals ein Kfz besitzen, welches wenig bis gar nicht genutzt wird. Das Carsharing ist damit eine ökologisch nachhaltige Alternative. Das Sharing soll langfristig ein Bestandteil einer attraktiven und zukunftsfähigen Infrastruktur auf dem Land sein. Die Zahl der Zweitwagen können verringert und Emissionen eingespart werden.

Durch die wenigen Busverbindungen wollen wir neue Möglichkeiten und Strukturen herausbilden, in denen soziale Beziehungen gepflegt und intensiviert werden können. So sollen insbesondere Ältere aus dem Dorf mitgenommen werden. In der gemeinsamen Fahrtzeit werden dann auch wieder soziale Beziehungen stabilisiert. Diese Praxis wird



Windräder in Brandenburg

langfristig aber nur umsetzbar sein, wenn es auch ausreichend viele Dorfbewohner gibt, die dieses neuartige Mobilitätskonzept benötigen, die ähnliche Wege wie die anderen Dorfbewohner*innen nutzen und wenn der Bekanntheitsgrad unter den Dorfbewohnern ausreichend hoch ist. Die Sicherstellung der Mobilität der ländlichen Bevölkerung ist eine gesellschaftliche Herausforderung.

Die Ziele

1. Abbau von Vorbehalten gegenüber neuen Antriebsformen
2. Sicherung der Mobilität auf dem Land
3. Stärkung des Zusammenhaltes in der Gemeinde durch die organisierte gemeinschaftliche Nutzung eines Autos und der Bereitstellung von Fahrmöglichkeiten

Während sich die meisten Menschen mit den derzeitigen mobilen Bedingungen arrangiert haben, weisen einzelne darauf hin, dass sich die „verhältnismäßig gute“ Situation in der Gemeinde in naher Zukunft ändern wird, wenn die jetzigen Senior*innen, die tendenziell noch recht aktiv in den Dörfern sind, kein Auto mehr fahren können bzw. bei einem Großteil der alltäglichen Handlungen auf Unterstützung angewiesen sind. Für viele ist dann das Leben in einem Seniorenheim oder ähnlichen Angeboten in den umliegenden Städten attraktiver als auf dem Dorf.

Mit unserem Angebot wollen wir in erster Linie unsere immer älter werdende Bevölkerung unterstützen, um in ihrem gewohnten Lebens- und Wohnumfeld bleiben zu können. Sie werden in ihrer Mobilität unterstützt und können damit weiterhin an dem sozialen Leben teilnehmen und in ihrem gewohnten Wohn- und Lebensumfeld verbleiben.

Das Konzept ist übertragbar auf erwerbslose, nicht mobile Menschen. Sie können mit Hilfe des Fahrdienstes oder der Nutzung des eCaresharings Bewerbungsgespräche, Termine bei Ämtern etc. wahrnehmen. Durch die Einbindung der Menschen vor Ort wird das Ehrenamt und der soziale Zusammenhalt gestärkt. Mit der Erweiterung der Infrastruktur in unserer ländlichen Region erhoffen wir eine höhere Tendenz der Zuwanderung und des Verbleibens unserer jetzigen Bewohner.

Die Zielgruppe

Mit unserem Projekt wollen wir die Bevölkerung in der Gemeinde Uckerland erreichen. Vor allem die nicht mobilen und älteren Einwohner sind unsere prioritäre Zielgruppe. Mit diesem Mobilitätsprojekt wird das Leben in der Gemeinde attraktiver gestaltet, indem wir die mobile Infrastruktur unterstützen. Durch die Einbindung unterschiedlichster Personengruppen werden der Zusammenhalt gestärkt, sozialer Isolation entgegengewirkt, Mobilitätshemmnisse überwunden und eingebundene Familienangehörige entlastet.

Dies können

- Kinder und Jugendliche sein, die in die Nachbarstädte zum Musikunterricht, in das Schwimmbad oder zum Sportverein gefahren werden,
- ältere und pflegebedürftige Einwohner*innen die zum Einkaufen, Arztbesuch oder Verwandtschaftsbesuch

gefahren werden,

- nicht mobile Menschen, die durch ökonomische oder gesundheitliche Handicaps nicht in der Lage sind sich individuell mobil fortzubewegen,
- Menschen jeden Alters, die ihre sozialen Kontakte aktivieren wollen und sich auch als ehrenamtliche Fahrer*innen einbringen.

In die Projektumsetzung werden Initiativgruppen, Vereine und deren Mitglieder, Bürger der Region, die Mitarbeiter der Verwaltung, Nachbarschaftshelfer, ansässige Unternehmen und alle Interessierten beteiligt. Die thematische Einbindung unserer Projektidee erfolgte bereits bei Gemeindevertretersitzungen.

Der ländliche Raum als Innovationsschmiede

Das Projekt E-Mobil in Uckerland in der Gemeinde reiht sich in eine Reihe von innovativen Ansätze, um den ländlichen Raum zu stärken und zu revitalisieren.

Beispielhaft zu nennen sind

- die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen Nordwestuckermark, Amt Brüssow, Amt Gramzow im Landesprogramm „Pflege vor Ort“ um das Altern in den eigenen vier Wänden zu unterstützen und zu ermöglichen und Pflegende zu entlasten (<https://www.pflege-vor-ort-nord-um.de>),
- die Beteiligung am Bundesprogramm ZWK-Zukunftswerkstatt Kommunen mit dem Ziel die Ursachen für die demografischen Prozesse zu erkennen zu bewerten und Lösungsansätze zu finden,
- die Wertschätzung und Wertschöpfung von energieexportierenden Kommunen zu erhöhen (Beispiele auf den folgenden Seiten)

Dieses Projekt leistet explizit einen Beitrag zur Sicherstellung der Mobilität im ländlichen Raum. Zudem werden neue Zielgruppen zur Nutzung intelligenter Technologien angesprochen, die Teil der energiewirtschaftlichen Zukunft sein werden. Das Vorhaben soll Vorbildcharakter haben und als Modell für die Umsetzung in weiteren Dörfern dienen.

Für die Gemeinde Uckerland ist dies ein Ansatz, um die Region attraktiver, lebendiger und lebenswerter zu gestalten. Einzelne Bürger der Region traten an die Verwaltung heran, um gemeinsam diese Idee zu besprechen und deren Umsetzung zu organisieren bzw. voranzutreiben.

Unsere aktiven Bürger, die diesen Lösungsansatz in die Verwaltung getragen haben, dienen uns als erste Multiplikatoren unter den anderen Bewohner*innen unserer Gemeinde. Sie sind unerlässlich, da bei innovativen Projekten, die nur in Zusammenarbeit von vielen Menschen gelingen können, in der Anfangsphase viel „Überzeugungsarbeit“ geleistet werden muss.

Das Förderprogramm - Wertschätzung für die Leistungen des ländlichen Raumes „Zusammenhalt in kleinen Gemeinden und Ortsteilen für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung“

Das Land Brandenburg gewährt nach Maßgabe dieser

Förderrichtlinie Zuwendungen aus Mitteln des Zukunftsinvestitionsfonds für Maßnahmen, die den Zusammenhalt in kleinen Gemeinden und Ortsteilen bis 10.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern des Landes durch einen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen oder des solidarischen Miteinanders unterstützen. Den Projekten des Zukunftsinvestitionsfonds muss eine landespolitisch strategische Bedeutung zukommen. Diese kann auch durch die Realisierung mehrerer gleichgerichteter kleinteiliger Einzelprojekte im Rahmen dieser Richtlinie erreicht werden.

Gefördert werden innovative Maßnahmen zum Erhalt oder zur weiteren Stärkung des Zusammenhalts in kleinen Gemeinden oder Ortsteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Daseinsvorsorge oder der Gemeinschaft.

Die Maßnahmen können sich zum Beispiel auf die Gebiete Kultur, Bildung, Mobilität, Gesundheit, Sport, soziales Leben, Familienfreundlichkeit, Digitalisierung, Umwelt und Energie beziehen. Sie sollen die zukunftsweisende Entwicklung einer Region fördern, Potenziale erschließen und dadurch die Attraktivität der Region stärken. Darüber hinaus setzt die Förderung eine Schlüsselfunktion der Vorhaben voraus. Diese kann unterstellt werden, wenn der Wirkungskreis über den Ort und den Zeitpunkt der Maßnahme hinausreicht oder Optionen für das Land insgesamt oder zumindest für größere Teile davon eröffnet.“ (Quelle: Staatskanzlei Brandenburg (2022): Zusammenhalt in kleinen Gemeinden und Ortsteilen für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung / Richtlinie Stand 01.2022).

Lösungsvorschläge, um Akzeptanzprobleme zu lösen

Akzeptanz für die Veränderungen vor Ort und damit verbundene Beeinträchtigungen kann aus meiner Sicht nur erreicht werden, wenn die Wertschöpfung vor Ort erhöht wird und eine Wertschätzung durch Städte, Land und Bund erfolgt, die sich nicht nur in Worten ausdrückt.

Folgende Vorschläge sollten diskutiert werden:

1. Das Projekt Windspitzenwärmespeicherheizung muss Bestandsschutz erhalten und die Auswirkungen einer sehr günstigen und verlässlichen Heizungsform sind damit direkt und dauerhaft für die Bürger*innen spürbar.
2. Der regional erzeugte Strom sollte direkt aus dem Windrad in die Steckdose unserer Bürger*innen fließen dürfen.
3. Die auf dem Strompreis liegenden Steuern und Abgaben für regenerativ erzeugten Strom müssen deutlich reduziert werden und in der Folge sollte sich auch der Strompreis deutlich reduzieren.
4. Regional sollte der Strom im günstigsten Fall kostenlos, im Minimalfall zu einem deutlich günstigeren Tarif verbraucht werden können und zwar mindestens immer dann, wenn der Strom nicht abtransportiert werden kann. Damit erreicht man das die Bürger*innen, Unternehmen vor Ort und die Kommune eine Wertschätzung erfahren, als Äquivalent für den gesellschaftlichen Einsatz in Sachen Energiewende.
5. Das Finanzausgleichsgesetz sollte modifiziert werden.

Zuweisungen aus dem Land in eine Region sollten sich nicht nur nach der Anzahl der Einwohner richten, sondern in Kombination:

- nach der Einwohnerzahl
 - dem pro Kopf Beitrag zur CO2 Reduktion
 - der Menge an erzeugter regenerativer Energie pro Kopf und der Gemeindefläche.
6. Einrichtung eines Förderfonds für regenerativ erzeugende energieliefernde Kommunen aus dem ländlichen Raum, um die gemeindliche Infrastruktur zu finanzieren.
 7. Anpassung der Landesentwicklungsplanung, um die Räume zwischen den bisherigen Entwicklungsachsen stärker zu fördern und um die Ansiedlung von energieintensiven Gewerbe zu erreichen. Damit wird die Möglichkeit geschaffen den Strom vor Ort zu nutzen und zu veredeln und muss nicht abtransportiert werden.
 8. Effizientere Nutzung der 9% Windeignungsgebiete in Uckerland durch effektivere Anlagen (Repowering) auf gleicher Fläche.
 9. Paradigmenwechsel bei der Planung für ländliche Räume, vom urbanen intellektuellen Ansatz zum pragmatischen, individuellen ländlichen raumbezogenen Ansatz. Dies hätte den Effekt das die Bedürfnisse vor Ort mehr Berücksichtigung finden und Lösungsansätze für die Probleme der Agglomerationsräume gefunden werden könnten.

Bereits existierende, Ideen und in der Entwicklung befindliche Lösungsansätze - Innovationen aus der Gemeinde Uckerland

Nutzen statt Abregeln – Windspitzenwärmespeicherheizung (WWS) in Nechlin der Firma ENERTRAG In Nechlin wird ein ganzes Dorf mit Hilfe eines Windspitzenwärmespeichers beheizt. Dazu wird der Teil des Windstroms genutzt, welcher nicht sinnvoll über das Stromnetz weitergeleitet werden kann.

Die nahegelegenen Windenergieanlagen des Windfeldes Nechlin erzeugen jährlich etwa 70 Millionen Kilowattstunden Strom. Ein kleiner Teil davon (ca. 5 Prozent) wird an besonders windigen Tagen erzeugt. Diese Energiemengen können nicht komplett eingespeist werden, aber es lohnt sich sehr, sie vor Ort zu nutzen. Statt also Windenergieanlagen abzuregeln, wird im Ortsteil Nechlin der Gemeinde Uckerland das Prinzip Nutzen statt Abregeln angewandt.

Der Windspitzenwärmespeicher wird nur mit dem Strom gefüllt, für den es sonst keine Abnehmer und keine Netzkapazität gibt. Die Zuschaltung der Heizelemente im Windspitzenwärmespeicher erfolgt automatisch über das ENERTRAG PowerSystem. Sobald der Übertragungsnetzbetreiber ein Abschaltensignal gibt, wird die Heizung im Windspitzenwärmespeicher automatisch eingeschaltet.

Windkraftbonus

Einwohner der Gemeinde Uckerland können direkt und persönlich von erzeugten Windstrom profitieren. ENERTRAG hat mit mehreren Stromanbietern ein entsprechendes Angebot entwickelt. Somit können die Einwohner, die sich für das Angebot von ENERTRAG entschieden haben, ihre Stromkosten durch das Rabattsystem senken. Dieser

Bonus ist abhängig von der Anzahl der geplanten und errichteten ENERTRAG-Anlagen sowie der Einwohnerzahl einer Gemeinde.

Für die Gemeinde Uckerland ergibt sich aktuell laut ENERTRAG folgende Berechnung:

Einwohner in Tausend	2.804
32 WEA Bestand (Einrechnung 25 %)	8.00
17337 Uckerland WEA geplant (Einrechnung 100 %) 3 davon sind bereits in Betrieb (zu Bestand)	3.00
verbleiben 8 als Zugang	8.00

Die Formel: Anzahl der Anlagen im Bestand / 4 + Anzahl der neu errichteten bzw. geplanten Anlagen, multipliziert mit 2, geteilt durch die Anzahl der Einwohner*innen der Gemeinde in Tausend. Die höchstmögliche Erstattung beträgt 50 %

Die Ersparnis: Der erzielbare Bonus beträgt zurzeit 8 %. Wenn alle geplanten Anlagen errichtet wurden, wäre ein Bonus von 14 % möglich. Die Ergebnisse basieren auf der derzeitigen Planung und sind daher unverbindlich. Bruchteile von einzurechnenden Anlagen entstehen, wenn diese erst im Laufe des Jahres errichtet werden.

Freiwillige Leistungen in Form von Spenden und Sponsoring

Projekt: Gelebter Klimaschutz in Uckerland

2020 wurden 44 Bäume von der 1. und 2. Klasse und 2021 24 Bäume von der 1. Klasse unserer Grundschule hinter dem Verkehrsgarten auf dem Bildungscampus in Werbelow gepflanzt – vorbereitet von den Gemeindearbeitern – begleitet von der Schulleiterin, den Klassenlehrer*innen und der Schulsekretärin – gefördert von der Firma ENERTRAG und dem Gut Werbelow.

Das Ziel dieser Aktion ist es die Schüler*innen für den aktiven Klimaschutz zu sensibilisieren, eine Grundlage für weitere nachhaltige Projektarbeiten im Schulalltag zu etablieren, die Verantwortung für den eigens gepflanzten Baum zu übernehmen, einen dauerhaften Erinnerungsort an den eigenen Grundschulbesuch und Heimatort (demographischer Hintergrund) einzurichten. Von nun an wird jedes Jahr eine Pflanzaktion stattfinden, dann immer mit der jeweils 1. Klasse im Herbst nach Schuljahresbeginn.

Projekt: Helfen in Notsituationen

Die Gemeinde ist aufgrund seiner Randlage an der Grenze der Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und die geographische Einordnung in den ländlichen strukturschwachen Raum nicht gekennzeichnet durch überfließende Haushaltsüberschüsse, sondern leidet unter dem demographischen Wandel und den damit verbundenen sinkenden Zuweisungen aus Land und Bund. Aus diesem Grund gibt es Situationen in denen eine Zuwendung in Form von Spenden oder Sponsoring durch Dritte herzlich willkommen ist. Dies kann hilfreich bei der Ausstattung unserer über 200 Freiwilligen Feuerwehrkamerad*innen sein, bei der Unterstützung der Vereine oder auch bei dringenden Reparaturen in den kommunalen Kindertagesstätten. Hierzu sind die regenerativen Energieunternehmen auf Anfrage häufig bereit, immer auf freiwilliger

Basis und immer zweck- orientiert und zweckgebunden.

Teilhabe durch qualifizierte und gut bezahlte Arbeit vor Ort und Pachteinnahmen für Landeigentümer

Für die Bürger*innen bieten sich in den letzten Jahren immer mehr Möglichkeiten auf dem regionalen Arbeitsmarkt im Bereich der regenerativen Energien einen dauerhaften und qualifizierten Arbeitsplatz zu finden. Die Beschäftigung vor Ort hat viele Vorteile. Für die Gemeinde in Form von Einwohner*innen die durch Zuzug der demographischen Entwicklung entgegenwirken, in Form von Steuerzahlern, um nur zwei aus gemeindlicher Sicht zu nennen.

Durch die Pachteinnahmen der Landeigentümer erhöht sich der Wohlstand in der Gemeinde mit Auswirkungen auf Kaufkraft und gleichzeitiger Sicherung von Arbeitskräften im Landwirtschaftssektor. Einschränkend sind jedoch Entwicklungen in Richtung Maximalpachten anzumerken, die aufgrund von beschränkten Eignungsflächen zu sozialen Ungleichgewichten innerhalb der Dörfer führen können. Es gibt schon erste gute Ansätze für die Steigerung der Wertschöpfung vor Ort - gute Ansätze der gemeindlichen Beteiligung im Land Brandenburg; tatsächlich scheint es so zu sein, dass unser langjähriges Argumentieren und der Ruf nach mehr Wertschöpfung und Wertschätzung langsam Früchte trägt.

Die Landesregierung in Brandenburg hat mit dem Windenergieabgabegesetz vom 19.06.2019 eine Zahlung von jährlich 10.000,- Euro für neu errichtete Anlagen beschlossen. Laut einer Beantwortung einer kleinen Anfrage an die Landesregierung erhält die Gemeinde Uckerland im Jahr 2022 49.000,- Euro, dies resultiert vermutlich aus der Errichtung von 5 Anlagen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes. Der Wermutstropfen lautet, dass für 105 Anlagen keine Zahlung erfolgt, weil sie vor dem Stichtag errichtet wurden.

Gute Ansätze und Signale aus dem Bund vor und nach dem „Osterpaket“ 2022

Im Erneuerbaren Energien-Gesetz 2021 wurde festgelegt, dass die Kommune finanziell mit 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge beteiligt werden kann. Dies gilt allerdings vorerst nur für neu errichtete Anlagen.

Allerdings weisen die am 6. April 2022 im Kabinett beschlossenen Änderungen des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) in eine Richtung, die es Betreibern von EE-Anlagen möglich macht, Standortgemeinden stärker finanziell an den Erträgen aus Wind- und PV- Freiflächenanlagen zu beteiligen.

Betreibern wird jetzt freigestellt, Kommunen finanziell nicht nur an neuen Windenergieanlagen zu beteiligen, sondern auch für bestehende Wind- und PV-Freiflächenanlagen bis zu 0,2 Cent/KWh an die Standortgemeinden im Umkreis von zwei Kilometern zu zahlen. Die Beteiligung kann sowohl für PV- und Windenergieanlagen gezahlt werden, die über das EEG – als auch über PPA (Power Purchase Agreements) finanziert werden. Die Höhe der finanziellen Beteiligung kann bei EEG-Anlagen über den Netzbetreiber



Foto: pixabay.com/nnonnexus

Starkstromleitung in der Uckermark. ◀

rückerstattet werden, während bei PPA-Anlagen die Betreiber selbst die zusätzlichen Kosten tragen müssen.

Während für eine Bestandsanlage je nach Alter und Standort zwischen 6.000 Euro und 10.000 Euro jährlich gezahlt werden, können Standortkommunen für eine neue, leistungsstarke Anlage rund 35.000 Euro jährlich erhalten.

Warum ist die Steigerung der Wertschöpfung und mehr Wertschätzung vor Ort dringend nötig?!

1. Weil auf dem Land Menschen leben! Vielleicht etwas weiter verteilt als an anderen Orten, aber mit den gleichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten wie in urbanen Räumen. Dafür wird entsprechender finanzieller Spielraum benötigt.
2. Weil der ländliche Raum insbesondere die Gemeinde Uckerland mit seiner regenerativen Energieproduktion auf 9% der Fläche dafür sorgt, dass in den Städten das Licht nicht ausgeht.
3. Klimaziele erreicht werden können, die CO2 Reduktion durch regenerative Energien vorangetrieben wird und

Unternehmen in den Städten sich durch gekauften, auf dem Land produzierten Strom, zu CO2-neutralen Produktionsstätten entwickeln können.

4. Die Rückzugs-, Entlastungs- und Erholungsfunktion des Landes für die urbanen Räume völlig unterbewertet wird. Es wird erwartet, dass die Infrastruktur wie beispielsweise intakte Straßen, Rettungsdienste oder ein ausgebautes Funknetz, vorgehalten werden und dies von den wenigen Einwohner*innen finanziert wird, im Gegenzug müssten die notwendigen Mittel in den ländlichen Raum transferiert werden.
5. Der ländliche Raum mit seiner Landwirtschaft dafür sorgt, dass sowohl das Brötchen als auch das Frühstücksei auf den Tisch kommt und somit einen großen Anteil an der Versorgungssicherheit hat. Nebenbei bemerkt geht es bei der Landwirtschaft auch um Energieveredelung in Form von Nahrungsmitteln.
6. Regenerative Energieerzeugung als Freiheitsenergie verhilft dazu die Unabhängigkeit und demokratische Grundordnung von Regionen und der Bundesrepublik zu sichern.

Auf dem Weg zur Bürgermeisterin!

SGK Brandenburg

Manchmal muss man sich auch einfach etwas trauen! Wer sich dazu entschließt, für ein Amt oder eine Position zu kandidieren, hat sich das gut überlegt. Drei Frauen haben sich das in ganz unterschiedlichen Gemeinden und Städten auch gefragt und kamen zu dem Ergebnis, dass sie das können und dass sie das auch möchten. Sie möchten wir hier vorstellen!

NADJA SCHWARK – Rolandstadt Perleberg

Vorweg:

Am 18. September wählen die Bürgerinnen und Bürger der Rolandstadt Perleberg eine neue Bürgermeisterin oder einen neuen Bürgermeister. Neben vier anderen Mitbewerbern kandidiert Nadja Schwark für dieses Amt. Dabei handelt es sich um keinen regulären Wahltermin, denn die bisherige Amtsinhaberin Annett Jura legte im Mai ihr Amt nieder und wechselte nach sieben Jahren an der Rathausspitze in das Bundesministerium für Wohnen und Bauwesen von Ministerin Klara Geywitz.

Nadja Schwark ist Diplom-Betriebswirtin (FH), Jahrgang 1969, sie ist verheiratet und in Perleberg geboren. Sie lebt in einem Ortsteil der Rolandstadt, in dem sie seit 2015 gewählte Ortsvorsteherin ist. Bereits seit 2016 ist sie außerdem in der Kommunalpolitik aktiv, hier als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr der Rolandstadt Perleberg. Sie vertritt damit die SPD-Fraktion. Beruflich ist Nadja Schwark als selbstständige Unternehmensberaterin tätig.

Was hat dich dazu bewegt, für das Amt der Bürgermeisterin zu kandidieren?

Schon seit vielen Jahren setze ich mich für die Belange meiner Mitmenschen ein. Mir ist es schon immer ein großes Bedürfnis, einen Beitrag zum Wohl unserer Gesellschaft zu leisten. Auch aus diesem Grund habe ich mir stets Ehrenämter gesucht, in denen ich mitgestalten kann. Konkret sind das meine Tätigkeiten für die Kindertagesstätten und Schulen meiner Tochter, meine Berufung zur Ortsvorsteherin in Groß Buchholz, meine Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr Groß Buchholz, die Schatzmeisteraufgabe im Freundeskreis der Lotte-Lehmann-Woche e. V., meine Aufgabe als Revisorin beim Landweg e. V. und die Mitarbeit im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr unserer Rolandstadt Perleberg. Mit meiner Kandidatur eröffnet sich mir die Möglichkeit, noch einen Schritt weiterzugehen und mich hauptamtlich für die Menschen in Perleberg und seinen Ortsteilen einzusetzen.

Was macht aus deiner Sicht eine gute Bürgermeisterin aus?

Eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister ist eine Person, die die Verwaltung zu führen hat. Das klingt erst einmal sehr bürokratisch. Das muss es aber gar nicht sein. Ich möchte als Bürgermeisterin für ein offenes und freundliches Miteinander innerhalb der Verwaltung sorgen. Die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen sich an ihrem Arbeitsplatz wohl fühlen und mit Freude zur Arbeit kommen. Denn wir stehen in den nächsten Jahren gerade im personalpolitischen Bereich vor großen Herausforderungen. Eine gut funktionierende Verwaltung braucht gute und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein entspanntes Arbeitsklima ist dabei auf jeden Fall hilfreich, das heißt es, umzusetzen.

Aber auch die Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten muss funktionieren. Natürlich gehört zur Demokratie auch eine ernsthafte Diskussionskultur, unterschiedliche Meinungen müssen Raum haben. Am Ende muss aber ein Ergebnis erreicht werden, das von allen vertreten wird. Ich halte Debatten gut aus und akzeptiere die daraus resultierenden Entscheidungen. Diese Einstellung wünsche ich mir auch von allen Beteiligten, also den Stadtverordneten und Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung.

Was für die Verwaltung und Stadtverordneten gilt, muss aber auch zu den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, denn das ist meine Aufgabe als Bürgermeisterin. Ich finde es wichtig, den Menschen seiner Stadt aufmerksam zuzuhören, sie wertzuschätzen und zwar jede Einzelne und jeden Einzelnen mit seinen Wünschen und Sorgen, unabhängig davon, wie sie sich politisch positionieren. Alle Menschen sind Teil unserer Gesellschaft, man darf keinen ausgrenzen. Ich will den Bürgerinnen und Bürgern zugewandt zuhören, Dabei erfahre ich sehr viel. Das hat Auswirkungen auf mein Handeln. Die Menschen erfahren, dass ihre Anliegen ernst genommen werden. Das finde ich sehr wichtig, weil auf diese Weise Vertrauen zueinander wächst.

Zusammengefasst: Eine gute Bürgermeisterin oder ein guter Bürgermeister führt die Verwaltung mit Herz und Verstand, pflegt eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Stadtverordneten und hört den Bürgerinnen und Bürgern zu, um zu verstehen, was bewegt.

Was ist für Perleberg gegenwärtig besonders wichtig? Die Städte und Gemeinden stehen ja vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen.

Die Handlungsfähigkeit der Rolandstadt Perleberg muss durch ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept gesichert werden. Qualifiziertes Personal für eine engagierte Mitarbeit zu gewinnen, ist eine große Heraus-

forderung. Auch andere Verwaltungen stehen vor dieser Aufgabe. Wir werden durch gute Arbeitsbedingungen und durch die Attraktivität der Kreisstadt Perleberg überzeugen.

Die langfristige Stadtentwicklung ist eine Zukunftsaufgabe. Wir müssen schon heute überlegen, wo wir in 20 Jahren stehen wollen? Das betrifft die bauliche und die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch alle anderen Bereiche wie die Kultur, die sozialen Einrichtungen, die Infrastruktur hier vor allem auch die digitale Infrastruktur und vieles mehr.

Besonders wichtig ist die Sicherstellung der Pflege- und Gesundheitsvorsorge. Nur wenn die Kommunen und der Landkreis Prignitz in gesundheitlichen Fragen kooperieren, kann unsere ärztliche Versorgung langfristig sichergestellt werden. Die älteren und/oder pflegebedürftigen Menschen dürfen dabei nicht vergessen werden. Ihre Versorgung muss in würdiger und wertschätzender Form gesichert sein.

Für kleine Kommunen ist auch das Ehrenamt von großer Bedeutung. Vieles steht und fällt mit dem Einsatz unserer freiwillig Engagierten. Eine Stadt ohne Feuerwehr wäre undenkbar, weswegen wir hier den Anschluss auf keinen Fall verpassen dürfen. Die hierfür erforderlichen baulichen Maßnahmen sind möglichst frühzeitig anzugehen.

Auch deswegen ist in Perleberg die neue Feuerwehrwache bereits in der ersten Planungsphase. Dieses Vorhabens muss kompromisslos fortgeführt und umgesetzt werden. Und natürlich muss ein Augenmerk auf die Nachwuchsgewinnung gelegt werden. Das geschieht in Perleberg auf vielfältige Weise. Ich weiß z. B. aus Ortsteilen der Rolandstadt Perleberg, dass hier sehr gute Arbeit geleistet wird. Das ist wichtig und muss unbedingt weiter unterstützt werden.

Ich setze mich für eine gute Willkommenskultur ein. Perleberg soll attraktiv für Rückkehrerinnen und Rückkehrer sowie für Neubürgerinnen und Neubürger sein. Hierfür braucht es gute Rahmenbedingungen und die Förderung von Innovationen. Dazu zählen auch Co-Working und die zügige Verbesserung der digitalen Infrastruktur.

Was möchtest du, wenn du gewählt wirst, bewegen? Wie möchtest du auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen?

Ich habe mir das anspruchsvolle Ziel gesetzt, dass wir Perlebergerinnen und Perleberger ein neues Wir-sind-alle-eine-Stadt-Gefühl entwickeln. Ich glaube daran, dass wir das schaffen können, wenn ich die Menschen von Perleberg bei bestimmten Entscheidungen frühzeitig in den Entscheidungsprozess einbeziehe. Es gibt bereits sehr gute Bürgerbeteiligungsformate, wie z. B. „Die Stadtkomplizen“ oder das Projekt „Wir machen Prignitz“ der beiden Städte Perleberg und Wittenberge. Beide haben sich bewährt. Daran möchte ich anknüpfen, die Menschen mitnehmen!

Außerdem gibt es schon seit Annett Juras Zeiten die Bürgersprechstunde. Diese werde ich fortführen. Zusätzlich möchte ich eine zentrale Anlaufstelle für die Perlebergerinnen und Perleberger einrichten – das Bürgerbüro. Hier sollen alle Anliegen und Fragen rund um die Verwaltung und Kommune gebündelt und auf den richtigen Weg gebracht werden.



Nadja Schwark. 

Foto: Fotografenherz

Welche Themen stehen bei dir persönlich im Vordergrund?

Neben allen anderen Themen ist der Umwelt- und Naturschutz sehr wichtig. Ich glaube, dass wir in naher Zukunft ein Klimaschutzkonzept für unsere Stadt brauchen, in welchem konkret erarbeitet wird, welche Aktivitäten zielgerichtet und koordiniert umgesetzt werden können. Ich denke, Städte müssen sich positionieren, wie sie in Zukunft mit den Themen Klimaschutz, Solarenergie und Windkraft umgehen wollen und wie sie ihre Ressourcen einsetzen und nutzen können.

Was nimmst du aus deiner bisherigen Tätigkeit als Unternehmensberaterin oder deinem Leben mit, wenn du gewählt wirst? Was ist dabei vielleicht besonders hilfreich?

Ich berate bestehende Unternehmen in personellen und betriebswirtschaftlichen Angelegenheiten. Darüber hinaus coache ich, als freiberufliche Beraterin, Existenzgründer und Unternehmensnachfolger. Diese werden von der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft der beiden Städte Perleberg und Wittenberge, der TGZ Prignitz GmbH, in ihrer Gründungsphase unterstützt. Wie wichtig dieses Projekt ist, sehe ich alltäglich und erkenne den Mehrwert dieser Förderung für Perleberg und unsere Region. Aus diesem Grund werde ich mich für den Erhalt dieses Formates einsetzen und als Bürgermeisterin mit meiner Expertise gewerbliche Neuansiedlungen in Perleberg zur Chefsache erklären.

Außerdem werden mir meine Kenntnisse im Personalbereich zugutekommen. Ich habe in meinem BWL-Studium unter anderem den Schwerpunkt Personalmanagement absolviert und das Zusatzmodul Soft Skills belegt. Beides ist für eine gute Personalpolitik nicht nur hilfreich, sondern meiner Meinung nach auch unumgänglich, wenn man nicht auf externe Beratung zurückgreifen möchte.

Wo siehst du Perleberg in, sagen wir mal, 10 Jahren?

Wenn ich Perleberg in 10 Jahren sehe – habe ich eine kleine, feine, liebens- und lebenswerte Stadt vor Augen. Die Menschen fühlen sich wohl, weil das Umfeld, in dem sie leben, ihren Bedürfnissen entspricht. Die Altstadt ist komplett saniert, wir haben eine klare Struktur in Bezug auf die Entwicklung unserer Stadt. Unsere wunderschöne Altstadt mit dem Hagen und der Stepenitz, unsere lebendigen Ortsteile und das vielfältige Vereins- und Kulturleben, machen Perleberg zu einem ganz besonderen Ort – eben die Perle der Prignitz!

NADINE HÖNICKE – Senftenberg



Foto: privat

Nadine Hönicke.

Am 18.09.2022 findet die Wahl zur/m Bürgermeister/in in Senftenberg statt. Ich trete für die SPD an und bin bereits seit 21 Jahren Mitglied. Am 09.10.2022 ist Stichwahl. Wir sind insgesamt 6 Kandidaten. Der Amtsinhaber ist Andreas Fredrich SPD. Er tritt nach zwei Wahlperioden nicht mehr an. Ich lebe auf einem Mehrgenerationsgrundstück in Kleinkoschen, einem Gemeindeteil von Großkoschen und Ortsteil von Senftenberg am wunderschönen Senftenberger See. Alter 48 ;-) und ich habe einen 18jährigen Sohn. Ich bin gelernte Diplom-Verwaltungswirtin und arbeite seit 1995 beim Landkreis Oberspreewald-Lausitz. Nach den Bereichen Wirtschaftsförderung und Ordnungsamt bin ich seit 8 Jahren im Jugendamt beschäftigt. Hier leite ich einen Fachbereich und bin zudem stellvertretende Amtsleiterin. (wie aktuell :-)) Seit 2019 bin ich im Ehrenamt Ortsvorsteherin von Großkoschen.

Was hat dich dazu bewegt für das Amt der Bürgermeisterin zu kandidieren?

Ich bin von unterschiedlichen Seiten angesprochen worden, ob ich nicht für das Amt kandidieren möchte. Nicht nur von meiner Partei. Senftenberg ist nicht nur meine Heimatstadt, sondern auch die meiner Familie und meiner Freunde. Mein Herz hängt hier. Durch meine berufliche Tätigkeit und die vielen Ehrenämter bin ich hier fest verwurzelt. Es wäre mir eine Ehre, in den nächsten Jahren dazu beizutragen, dass mein Senftenberg sich weiter so gut entwickelt wie bisher. Ich bin eine Frau, die anpackt und nach Lösungen sucht. Ich möchte mitgestalten und ein Teil der Entwicklung sein, deshalb kandidiere ich.

Was macht, aus deiner Sicht, eine gute Bürgermeisterin aus?

Ich denke, dass eine gute Bürgermeisterin in erster Linie den Menschen zugewandt sein muss. Es geht um Empathie und Zuhören. Um Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen. Auf kommunaler Ebene kann man keine Politik an den Menschen vorbei machen. Aber auch Führungskompetenzen sind notwendig. Als Hauptverwaltungsbeamtin bin ich für etwa 200 Mitarbeiter verantwortlich. Es geht um Zuhören, Kompromisse finden und Entscheidungen treffen. Dazu sind Feingefühl, Kompromissbereitschaft und Durchsetzungstärke notwendig.

Was ist für Senftenberg gegenwärtig besonders wichtig? Die Städte und Gemeinden stehen ja vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen.

Senftenberg ist eine Stadt, die derzeit hauptsächlich durch Tourismus bestimmt wird. Dieses Standbein muss weiter ausgebaut, insbesondere die Vor- und Nachsaison verlängert werden. Nur dann kann man auch qualifiziertes Personal gewinnen und halten. Es fehlt in vielen Bereichen an Fachkräften. Aber auch als Wohnstandort ist Senftenberg sehr gefragt. Hier müssen wir Flächen entwickeln, was uns aufgrund der geologischen Besonderheiten (Kippenflächen) vor besondere Herausforderungen stellt.

Vor der gleichen Problematik stehen wir bei der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe. Dennoch muss sich Senftenberg wirtschaftlich breiter aufstellen. Ein Thema, was uns alle bewegt, wird die Entwicklung der Energiepreise sein. Wir müssen schnellstmöglich mit den entsprechenden Partnern an alternativen Energiekonzepten arbeiten, um langfristig auf diesem Sektor Sicherheit zu haben.

Was möchtest du, wenn du gewählt wirst, bewegen? Wie möchtest du auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen?

Ich möchte in erster Linie wieder an einem Miteinander arbeiten. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das Vertrauen in Politik und Verwaltung verloren. Hier möchte ich mit Abbau von Bürokratie und zum Beispiel dem Aufbau eines Bürgeramtes erste Akzente setzen. Aber auch regelmäßige Bürgersprechstunden wird es geben.

Welche Themen stehen bei dir persönlich im Vordergrund? Persönlich geht es für mich vor allem um Gesundheit und Zufriedenheit. Ich möchte gesund bleiben und in meiner hoffentlich neuen Aufgabe erfolgreich und zufrieden.

Was nimmst du aus deiner bisherigen Tätigkeit oder deinem Leben mit, wenn du gewählt wirst? Was ist dabei vielleicht besonders hilfreich?

Meine bisherige berufliche Tätigkeit gibt mir Sicherheit bei der Aufgabe der Hauptverwaltungsbeamtin. Ich habe den Verwaltungsberuf von der Pike auf gelernt. Aber auch besonders im Jugendamt kam und kommt es immer wieder zu Situationen, wo unterschiedliche Interessen aufeinander prallen. Hier habe ich gelernt, in Gesprächen gemeinsame Ziele zu erarbeiten und die Kommunikation auf eine sachliche Ebene zu bringen. Auch als Führungskraft konnte ich bisher gewinnbringende Erfahrungen sammeln.

Wo siehst du Senftenberg in, sagen wir mal, 10 Jahren?

In 10 Jahren sehe ich eine lebenswerte Stadt für alle Generationen. Das bedeutet, genügend Wohnraum für jeden Geldbeutel und eine auskömmliche soziale Infrastruktur für alle. Ich wünsche mir eine Stadt, die es geschafft hat, wieder ein Miteinander zu leben. Ein Miteinander von Einheimischen und Touristen, Wirtschaft und Verwaltung, Jung und Alt. Wenn die Abwanderung in Senftenberg aufgehalten werden kann, ist dieses Ziel erreicht.

KATRIN MUSSHOF – Ketzin/Havel

Am 9.10. wird auch in Ketzin gewählt! Die Mitglieder des Ketziner SPD-Ortsvereins haben Katrin Mußhoff einstimmig als ihre Kandidatin nominiert. Die studierte Juristin wohnt mit ihrem Mann Oliver und ihren beiden Kindern (acht und 13 Jahre) im Ortsteil Zachow, arbeitet seit Juni 2011 in der Stadtverwaltung in Potsdam und ist dort unter anderem für die Bereiche Bauen und Denkmalschutz zuständig.

Katrin Mußhoff zu ihren Zielen:

Ich stehe für eine Stadt des Zusammenhalts mit ausreichend Wohnraum, für gut ausgestatteten Schulen und eine digitale bürgernahe Verwaltung. Eine starke Wirtschaftsentwicklung, mit weiteren Firmenansiedlungen, mit zukunftsfesten Arbeitsplätzen und die Reaktivierung der Bahnstrecke nach Berlin und Potsdam sind meine Zielmarken.

Stadt des Zusammenhalts

Ich stehe für eine Stadt, in der alle Generationen eine Heimat haben. Das fängt mit ausreichend Wohnraum und Bauflächen für junge Familien an. Wir brauchen moderne Spielplätze und gut ausgestattete Kitas. Das setzt sich mit Schulen als echte Lernorte fort. Ich lege großen Wert auf eine gute Kooperation mit den Nachbargemeinden bei den weiterführenden Schulen. Und ganz wichtig sind mir ausreichend altersgerechter Wohnraum und Angebote für unsere Senioren.

Stadt der Wirtschaft

Ich stehe für eine Wirtschaftsentwicklung, die moderne

und zukunftsfeste Arbeitsplätze bietet und das Steueraufkommen der Stadt verbessert. Deswegen ist die Ansiedlung von Firmen, die ihren Hauptsitz in Ketzin haben, für mich ein ganz zentrales Anliegen. Zusätzlich sehe ich dringenden Bedarf, die Verkehrsinfrastruktur unserer großen Unternehmen in enger Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden zu verbessern.

Nachhaltige Stadt

Ich stehe für einen Wandel in der Mobilität. Das ist für Ketzin mit seinen fünf Ortsteilen eine besondere Herausforderung. Die Zukunft der individuellen Mobilität sehe ich bei den elektro- oder wasserstoffgetriebenen Fahrzeugen. Dazu braucht es eine gut aufgestellte öffentliche Ladeinfrastruktur. Neue Radwege sollen die Ortsteile mit der Kernstadt verbinden und das Radfahren sicherer machen. Die Reaktivierung der Bahnstrecke nach Wustermark ist und bleibt für mich die große Zielmarke, um Ketzin schnell und klimafreundlich mit Berlin, Potsdam und Rathenow zu verbinden.

Digitale und bürgernahe Stadt

Ich stehe für eine vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Stadtverordneten. Ich stehe für eine Verwaltung, die sich als Dienstleister ihrer Bürgerinnen und Bürger versteht. Einwohner der Stadt und ihrer fünf Ortsteile sollen in vielschichtige Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sollen so gut und so zeitnah wie möglich bearbeitet werden.



Katrin Musshoff. 

Stellenausschreibung



Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V. in Brandenburg sucht eine / einen

Bürosachbearbeiter/in (m/w/d)

Die SGK Brandenburg ist ein eingetragener Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat kommunalpolitische Kompetenzen zu stärken. Dazu bietet sie ein vielfältiges Informations-, Beratungs- und Veranstaltungsangebot zur Heran- und Weiterbildung haupt- und ehrenamtlicher Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen in Gemeinden, Städten und Kreisen sowie kommunalpolitisch Interessierter an.

Das Aufgabengebiet umfasst:

- Assistenzaufgaben und Büroorganisation der Geschäftsstelle
- allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
- Mitgliederverwaltung, inkl. Kontaktpflege und Beitragseinzug
- Korrespondenz mit den Mitgliedern und anderen Adressaten in Land und Bund
- organisatorische Vor- und Nachbereitung und Begleitung von Bildungsveranstaltungen (Recherche, Abwicklung und Dokumentation)
- organisatorische Unterstützung der eigenen Publikationen
- Unterstützung der Buchhaltung, der Antrags- und Abrechnungsverfahren

Anforderungsprofil:

abgeschlossene Verwaltungs- oder kaufmännische Ausbildung (Kaufmann/-frau für Büromanagement; Sekretär/in; Kommunikationsassistent/in; kaufmännische/r Assistent/in; Veranstaltungskaufmann/-frau; Verwaltungsfachangestellte/r oder vergleichbar) Erfahrungen in einer Verwaltung, einem Verein, einer Kommune, im Bildungs- oder Veranstaltungsbereich oder vergleichbar

Erwartet werden:

- Organisationstalent, Zuverlässigkeit, Sorgfalt sowie die Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten
- sicherer Umgang mit MS-Office und im Idealfall auch erste Erfahrungen in Social Media
- höfliches und freundliches Auftreten
- Teamfähigkeit, Organisationsgeschick, Engagement sowie das Interesse sich in neue Aufgaben einzuarbeiten
- Interesse an kommunalen Fragen
- Fahrerlaubnis Kl. B
- gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- Bereitschaft, vereinzelt und nach Absprache, an Vorstandssitzungen oder Veranstaltungen am Abend oder am Wochenende teilzunehmen
- ein hohes Maß an Identifikation mit sozialdemokratischen Ideen und Werten

Wir bieten Ihnen:

- eine abwechslungsreiche und anspruchsvolle Position im Herzen von Potsdam
- mit viel Raum für Eigenverantwortung
- eine umfangreiche Einarbeitung in die neuen Aufgaben
- eine unbefristete Vollzeitstelle (Teilzeit möglich)
- eine Bezahlung und Arbeitsbedingungen entsprechend TV - L

Ihre Bewerbung sowie aussagekräftige Unterlagen senden Sie bitte bis 16.9.2022 als zusammenhängendes PDF-Dokument per E-Mail an rrrowald@sgk-potsdam.de. Für Rückfragen kontaktieren Sie bitte die gleiche E-Mail oder rufen Sie unter 0331/730 98 201 an.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt

SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion

Rachil Ruth Rowald, Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Druck

FLYERALARM GmbH, Alfred-Nobel-Str. 18, 97080 Würzburg

Layout

Medienbüro Gäding – Marcel Gäding, Groß Eichholz 4,
15859 Storkow (Mark), Telefon: (033760) 20 68 91